

4. AUG. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/143

Bonn, den 29. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 "Gesundheitspolitik als Bundesaufgabe" 50

Bilanz 1965: Politik der Versäumnisse und Fehlleistungen!
 Von Dr. Horst Schmidt, MdB

2 Johnson's Entscheidung 50

Weiter Kapitulation noch Rückzug

3 Gewerbeförderung im hessischen Handwerk 50

Mittel für "Initialzündungen" stiegen in 16 Jahren
 von 10 000 auf 340 000 jährlich

4 CDU - Linke weiß nicht was sie tut 42

Grundsätze neu aufgestellt und schon vergessen

5 - 7 Die große Verwirrung 136

Griechenland am Scheideweg

***** ZUN BEACHTUNG *****

Landauf, landab sind CDU-Propagandisten bemüht, die großen gesellschaftspolitischen Leistungen in Schweden als "abschreckendes Beispiel" darzustellen. Die Folge davon ist, daß sich in Schweden eine starke Verbitterung gegenüber der Bundesrepublik bemerkbar macht, zumal die von den CDU-Propagandisten aufgestellten Behauptungen meist falsch sind. - Um zu verhindern, daß die Bundesrepublik Deutschland in Schweden in einen unwürdigen schlechten Ruf gerät, veröffentlicht der Sozialdemokratische Pressedienst heute eine Sonderausgabe mit dem Titel:

SCHWEDEN - LAND UND VOLK MIT MAß UND WÜRDE

Eine Reportage von Günter Markscheffel

"Gesundheitspolitik als Bundesaufgabe"

Bilanz 1965: Politik der Versäumnisse und Fehlleistungen!

Von Dr. Horst Schmidt, MdB

Bundesgesundheitsministerin Dr. Schwarzhaupt veröffentlichte vor einigen Tagen im BULLETIN der Bundesregierung einen Beitrag über "Die Bedeutung der Gesundheitspolitik als Bundesaufgabe". Frau Schwarzhaupt hat zwar die geschichtliche Entwicklung der Gesundheitspolitik dargelegt und zukünftige Aufgaben angesprochen, aber auf eine Darstellung der gegenwärtigen Situation unter Einbeziehung der abgelaufenen Legislaturperiode verzichtet. Besser gesagt: verzichten m ü s s e n, denn besondere Leistungen aus dieser Zeit sind nicht vorzuweisen!

Nicht nur, daß den wenigen Gesetzentwürfen des Gesundheitsministeriums zumeist sozialdemokratische Initiativen vorausgingen, wie etwa beim Arzneimittelgesetz und Krankenpflegegesetz. - Darüber hinaus mußte der Gesundheitsausschuß des Bundestages die unzureichenden Regierungsentwürfe des Arzneimittelgesetzes, des Heilmittelwerbegesetzes und des Krankenpflegegesetzes völlig umgestalten, um sie überhaupt verabschiedungsreif zu machen.

In den entscheidenden Fragen der Gesundheitspolitik sind wir trotz erstmaligen Vorhandenseins eines Fachministeriums nicht weitergekommen. Weder der Ausbau der gesundheitlichen Vorsorge in allen Lebensbereichen wurde intensiviert, wenn man von den unzureichenden Verbesserungen des Mutterschutzes absieht, die nur auf jahrelanges Drängen der Sozialdemokraten zustande kamen, noch sind wirksame Maßnahmen gegen die gesundheitsgefährdenden Umwelteinflüsse getroffen worden. Teillösungen sind keine wirksame Verbesserung der Situation. Auch eine bessere gesundheitliche Gestaltung der Arbeitsplätze ist nicht zustande gekommen.

Lautstarke Forderungen, die jetzt vor der Wahl erhoben werden, beweisen, daß in den vergangenen vier Jahren vor den gleichen Verantwortlichen die Lösung dieser Fragen versäumt wurde. Es ist mehr als verwunderlich, wenn heute die Gesundheitsministerin nach strengen Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung und nach einem Anti-Lärmgesetz ruft, und wenn der Bundeskanzler vor dem Ärzttag in Berlin "energische Hilfen" für die Krankenhäuser fordert - als ob sie bisher keine Zeit, Gelegenheit und Möglichkeit zur Lösung dieser Probleme gehabt hätten! Wenn man daran denkt, wie hämisch die CDU 1961 die entsprechenden Forderungen im Regierungsprogramm der SPD abgetan hat, kann man unschwer zu der Überzeugung kommen, daß die handlungsfähige Koalition die Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit gar nicht zügig anpacken wollte.

Auch der dauernde Hinweis auf die mangelnden Kompetenzen ist keine Entschuldigung für die Unterlassungen, denn die von der Ministerin im BULLETIN gepriesene Zusammenarbeit mit den Ländern ließ wohl deshalb zu wünschen übrig, weil sie nicht einmal auf höchster Ebene praktiziert wurde. Selbst innerhalb der Bundesregierung hat man den Eindruck von ständigen Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Ressorts in gesundheitspolitischen Fragen.

Vier wertvolle Jahre sind vertan worden. Dies ist im Hinblick auf die bei uns noch hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit, den ungünstigen Gesundheitszustand unserer Jugend und die hohe Zahl der Frühinvaliden mehr als bedauerlich. Die bisherige Bundesregierung trägt hierfür die volle Verantwortung, darüber täuschen noch so wortreiche Verbesserungsvorschläge vor der Wahl nicht hinweg. Sie beweisen nur: Es ist höchste Zeit für eine Wachablösung in Bonn. Auch in der Gesundheitspolitik.

Johnsons Entscheidung

Weder Kapitulation noch Rückzug

Der - Eine Woche lang hat US-Präsident Johnson die Welt auf seine Entscheidung warten lassen. Sie ist kein Ergebnis einsamer Entschlüsse. Die höchsten militärischen und politischen Spitzen der USA waren zu fast ununterbrochenen Beratungen versammelt. Das Bewußtsein großer Verantwortung lastete schwer auf ihnen. Das Wort der Ratgeber gab den Ausschlag. Der Krieg in Vietnam, längst aus der Phase kleinerer militärischer Zusammenstöße herausgewachsen, wird nun an Umfang zunehmen, er verlangt von den USA noch mehr Einsatz an Menschen und Material. Bedeutet das verstärkte amerikanische Engagement einen Schritt mehr ins Ungewisse? Die kommunistischen Vietcong haben große Erfolge aufzuweisen. Sie beherrschen vier Fünftel von Südvietnam, die Städte, einschließlich Saigon, sind von ihnen eingeschlossen, ganze Provinzen von der Landeshauptstadt abgetrennt. Die amerikanischen Truppen verfügen nur über oft voneinander isolierte Stützpunkte, und sie haben es mit einem Gegner zu tun, der in Dschungelkrieg Meister ist. Selbst in Saigon sitzen die Amerikaner auf einer Pulverfaß.

Die angekündigten Maßnahmen Johnsons verlassen dennoch nicht den Boden der bisher angewandten Strategie. Sie nehmen Rücksicht auf sowjetrussische Empfindlichkeiten, aber auch auf die Regierung von Hanoi. So ist nicht beabsichtigt, das nordvietnamesische Industriepotential durch Bombenangriffe zu zerstören. Johnsons Ziel ist es, die Kommunisten davon zu überzeugen, "daß die USA durch Waffengewalt nicht besiegt werden können". Sie sind entschlossen, so lange in Südvietnam zu bleiben, bis sich der Vietcong und Hanoi zu einem Verhandlungsfrieden bequemen. Dieser liegt freilich noch in weiter Ferne. Es gibt nicht die geringsten Anzeichen für eine entsprechende kommunistische Bereitschaft. Alle Verhandlungsangebote schlugen sie in den Wind, selbst die Vermittlungsversuche des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, U Thant, fanden nur ein höhnisches Lächeln.

Für beide Seiten liegen in der Fortführung des Krieges kaum kalkulierbare Risiken. Die USA werden, wie Johnson es ausdrückte, "weder kapitulieren, noch sich zurückziehen". Das würde ein weltpolitisches Erdbeben auslösen und dem Vertrauen der nichtkommunistischen Völker zur USA unübersehbaren Schaden zufügen. Eine amerikanische Niederlage gäbe dem Weltkommunismus, ganz gleich, ob chinesischer oder sowjetrussischer Prägung, neuen Anreiz zu Aggressionen und damit käme eine Lawine ins Rollen, deren Wucht das bestehende Gleichgewicht zwischen Washington und Moskau zerstören müßte.

Die Entwicklung in Südvietnam verdunkelt den weltpolitischen Horizont, schafft in einer unruhigen Welt neue Ungewissheiten. Wenn dem verstärkten amerikanischen Einsatz der Erfolg versagt bleibt, wenn die Chinesen ihre Drohungen wahr machen sollten, Freiwillige nach Südvietnam zu entsenden, was dann? Die Sowjetunion hat sich im großen und ganzen aus dem Konflikt herausgehalten. Sie ließ es bei verbalen Drohungen bewenden, ging noch keine unlösbaren militärischen Bindungen zugunsten des Vietcong ein. Die Möglichkeit eines sowjetrussischen militärischen Engagements bleibt jedoch nicht ausgeschlossen. Sie wirft ihren Schatten auf die Genfer Abrüstungskonferenz. Die Entwicklung in Südostasien kann allen Beteiligten auch gegen ihren Willen der Kontrolle entgleiten.

Gewerbeförderung im hessischen Handwerk

Mittel für "Initialzündungen" stiegen in 16 Jahren
von 10 000 auf 340 000 jährlich

sp. - Die Gewerbeförderung ist im sozialdemokratisch regierten Land Hessen ein Begriff. Sie ist ausdrücklich im Artikel 43 der Hessischen Verfassung bestimmt. Die Schaffung und Erhaltung einer gesunden mittelständischen Wirtschaft ist von jeher ein Anliegen des Landes gewesen, denn sonst würden nicht selbständige Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Gewerbe, Handwerk, und Handel durch Gesetz und Verwaltung gefördert. Der hessische Wirtschaftsminister Rudi Arndt stellt in diesem Zusammenhang fest: "Getreu dieser Vorschrift hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht nur erhebliche Mittel für Zwecke der Gewerbeförderung aufgewandt, sondern auch durch Einzelmaßnahmen das Handwerk unterstützt."

Das Handwerk kann und darf nämlich nicht Stiefkind der Wirtschaft werden, weil es auch im Zeitalter der Automation ständig und dringend benötigt wird. Kein Rechenroboter würde entstehen und keine Wohnung gebaut werden, gäbe es den Handwerker nicht.

Man muß es den hessischen Handwerkern, ihren Kammern, Innungen und Verbänden bescheinigen, daß sie aus eigener Initiative zur Erhaltung ihres Berufsstandes und ihrer Funktion viel getan haben. Aber es gibt in der Sicht auf den ständigen technischen Fortschritt etliche Schwierigkeiten, die der Einzelne nicht aus eigener Kraft bewältigen kann, hier helfend einzugreifen, hat sich das Land Hessen zur Aufgabe gemacht.

Mit Hilfe der Gewerbeförderung soll die Rentabilität von bestimmten Betrieben und Gewerbebranchen erhöht und dem technischen Fortschritt angepaßt werden, denn auch das Handwerk muß am allgemeinen Konjunkturaufschwung teilnehmen können. Um diese Ziele zu erreichen, müssen sich die verschiedenen Handwerkszweige mit neuen Werkstoffen (z.B. Kunststoffen), modernen Arbeitsmethoden vertraut machen oder sich einem neu aufgekomenen Arbeitsgebiet zuwenden, weil ihre bisherigen Tätigkeit durch den technischen Fortschritt überholt ist. Deshalb werden im Haushalt des hessischen Wirtschaftsministeriums alljährlich Beträge zur Verfügung gestellt, die dem Bau und der Ausstattung von Lehrwerkstätten, der Durchführung von Fortbildungskursen, der Beschickung von Messen und Ausstellungen, der Schaffung besonderer Einrichtungen dienen. Außerdem unterstützt das Land die Gewerbeförderungsanstalt Frankfurt und das Kulturreferat des Hessischen Handwerkstages.

Neben der vom Land Hessen durchgeführten Zinsverbilligungsaktion sowie der Tätigkeit der Kreditgarantiegemeinschaft des hessischen Handwerks, bei der das Land und der Bund die Rückbürgschaft übernommen haben, liegt der Schwerpunkt der Gewerbeförderung im Handwerk zur Zeit auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Es ist besonders die überbetriebliche Unterweisung der Lehrlinge, die das Ziel hat, den handwerklichen Nachwuchs aus der manchmal etwas engen und zu sehr betriebsgebundenen Ausbildung herauszuführen. Der Lehrling soll mit Arbeitsmethoden anderer Betriebe bekanntgemacht werden, denn mit einer vielseitigen Ausbildung kann er später überall und besser arbeiten.

Die finanziellen Zuwendungen des Landes für die Gewerbeförderung steigen seit 1949 von jährlich 10 000 DM auf gegenwärtig etwa 340 000 DM an. Die hessische Regierung sieht die Mittel zur Gewerbeförderung nicht als "Subventionen" im engen Sinne des Wortes an, sondern gleichsam als "Initialzündung", als Hilfe zur Selbsthilfe.

CDU - Linke weiß nicht was sie tut

Grundsätze neu aufgestellt und schon vergessen

H. B.-er: Daß die CDU und ihre Repräsentanten mit zwei Zungen reden, ist nicht neu. Bemerkenswert ist es aber, wenn die Doppelzüngigkeit von der Union selbst bewiesen wird. Das aktuellste Beispiel lieferte die CDU in der Frage der Pflichtversicherungsgrenze in der Krankenversicherung. Dank der geschlossenen Haltung der SPD-Fraktion, die dabei auch von der FDP unterstützt wurde, ist bekanntlich die Pflichtgrenze auf 900 DM erhöht worden. In der letzten Sitzung des Bundestages und seither erst recht in den Pressediensten der Union wird die SPD deshalb scharf kritisiert, weil sie sich nicht auf den CDU-Kompromiß von 810 DM "festnageln" ließ. Und die FDP bekommt für diese "Koalition-Koalition" auch ihren Teil ab. Was von diesem Geschimpfe, aber auch von der Sachargumentation der CDU zu halten ist, zeigt ein Blick in die "Rüstkammer" der Union für den Arbeitnehmer-Stimmfang bei der Bundestagswahl. Dort schreiben die Wahlmanager der "Sozialausschüsse" der CDU unter der Stichmarke Versicherungspflichtgrenze wörtlich:

- * "Die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung
- * muß mindestens auf 1 0 0 0 DM erhöht
- * werden. Zur Zeit 660 DM, geplante Erhöhung
- * 850 DM nicht ausreichend. Auf die Lösung
- * dieser Frage kann nicht bis zur Vorlage der Sozialen-
- * quete gewartet werden, da die finanzielle Entwicklung der Krank-
- * enkassen nach einer Gebührenerhöhung für ärztliche Leistungen
- * eine Entscheidung erzwingt."

Soweit das wörtliche Zitat aus dem Stichwort-Verzeichnis der Sozialausschüsse der CDU, mit dem die "linken" Flügelleute der Union in den Wahlkampf ziehen werden!

Die Herren Barzel und Stingl sagten im Bundestag genau das Gegenteil. Für sie war die 900 DM-Grenze untragbar. Sie sprachen nicht mehr von dem von der CDU/CSU-Fraktion schon 1963 gemachten Vorschlag, von 660 auf 850 DM zu gehen. Und von den "mindestens 1 000 DM" war selbstverständlich nirgendwo die Rede. Und entgegen aller Stichwort-Weisheit wollte Herr Barzel unbedingt auf die Ergebnisse der Sozialenquete warten. Daß kein Sozialausschuß-Mitglied das richtige Stichwort aus dem Stichwortverzeichnis gab, versteht sich von selbst, obschon in der CDU/CSU-Fraktion Herrn Barzel sozialpolitischer Sachverstand mehr oder minder deutlich abgesprochen wird.

Allen Stichworten zum Trotz hat bei der harentlichen Abstimmung am 6. Juli auch nicht ein einziger CDU-Abgeordneter gegen den in den eigenen Reihen umstrittenen Unionsantrag gestimmt, die Versicherungspflichtgrenze auf 810 DM festzusetzen. Die CDU wird nicht umhin können, ihre Stichwort-Weisheit mitten im Wahlkampf zu ändern, denn diese Doppelzüngigkeit ist doch wohl zu offensichtlich!

Die große Verwirrung

Griechenland am Scheideweg

G.M. - Es ist gewiß nicht einfach, die Vorgänge in Griechenland korrekt darzustellen. In vielen Zeitungen macht man sich die Dinge leicht. Man behauptet, die legale Regierung des von dem jungen König zum Rücktritt veranlaßten Ministerpräsidenten Papandreu stütze sich eigentlich nur noch auf "die Kommunisten". Man tut so, als gehe es in Griechenland um nicht mehr und nicht weniger als um die Verhinderung eines Sieges kommunistischer Abenteurer. Dabei sind die Dinge viel komplizierter.

* * *

Lassen wir die Tatsachen sprechen. 1944 hat der liberale Papandreu dank seines großen Ansehens im griechischen Volk mit Einsatz seiner ganzen Person verhindert, daß Griechenland - ebenso wie die meisten anderen Staaten Südosteuropas - zu einer "Volksdemokratie" unter Führung der Kommunisten wurde. Derselbe Papandreu hat dem verstorbenen Onkel des jetzigen jungen griechischen Königs den Weg zum Thron geebnet und damit erneuert die Monarchie als stabilisierendes Element in die griechische Politik eingeführt. In den unruhigen Nachkriegsjahren hat Papandreu stets zum Königshaus gehalten. Als er später von einer rechtsradikalen Bewegung abgelöst wurde und diese dann der konservativen Regierung des Rechtspolitikers Karamanlis wich, trat Papandreu in den Hintergrund, sammelte aber während der folgenden 10 Jahre eine Partei der liberalen Mitte, die sich schon 1961 anschickte, Griechenland wieder eine stabile demokratische Regierung zu geben.

Es ist erwiesen und wird von niemandem bestritten, daß die damalige Regierung Karamanlis gemeinsam mit hohen Militärs bei den Wahlen 1961 Wahlfälschungen organisierte; mit deren Hilfe er noch einmal die Wahl gewinnen konnte. Aber schon 1964 errang die Zentrumunion Papandreus bei Wahlen ohne Fälschungen die absolute Mehrheit von 53 %.

* * *

Von diesem Zeitpunkt an hat Papandreu trotz widrigster Umstände - Zypernkrise und Tod des Königs - ein soziales und kulturelles Reformprogramm durchgeführt, eine zielbewußte Agrarpolitik eingeleitet und die Währung stabilisiert. Gleichzeitig mußte sich Papandreu mit den reaktionären Kräften in Griechenland auseinandersetzen, die aus Opposition gegen den werdenden demokratischen Staat mit sozialer Tendenz eine kaum jemals erlebte Kapitalflucht organisierten.

In dem Augenblick, als Papandreu sich anschickte, die Wahlfälscher von 1961 ihrer gerechten Strafe zuführen zu lassen, begann in Griechenland und im Ausland das Kesselreiben gegen ihn. Bis heute ist nicht einwandfrei geklärt, wie groß das Vermögen ist, über das der frühere jetzt im Ausland lebende Ministerpräsident Karamanlis verfügt, und wer die Unterminierung des legalen demokratischen Regimes in Griechenland finanziert.

* * *

Die gegen Papandreu und seine legale Regierung geführte Kampagne erstreckte sich auch auf Andreas Papandreu, einen Sohn des Ministerpräsidenten. Ohne einen Beweis dafür zu haben, wird Papandreu junior

29. Juli 1965

als "Kommunist" bezeichnet. In seiner Jugend als Student gehörte er einer linksradikalen Gruppe an und konnte sich unter der Militärdiktatur von Metaxas nur durch die Flucht nach den USA einer langjährigen Kerkerstrafe entziehen.

Dort studierte er weiter und wurde Universitätsprofessor. Während dieser Jahre ist Papandreu junior in den USA nicht ein einziges Mal als Kommunist verdächtigt worden. Nicht einmal zu Zeiten des verstorbenen Kommunistenjägers Mc Carthy, der bekanntlich eine Unzahl von amerikanischen Universitätsprofessoren bezichtigte, mit den Kommunisten zu sympathisieren oder selbst Kommunisten zu sein. Als Papandreu junior 1960 nach Athen zurückkehrte, ging ihm der Ruf eines hervorragenden Wirtschaftswissenschaftlers voraus. Er wurde wegen seiner guten Beziehungen in den USA sogar von dem damaligen Ministerpräsidenten Karamanlis mit Koordinierungsaufgaben in der griechischen Wirtschaft betraut. Später schloß sich Papandreu junior der politischen Bewegung seines Vaters an und übernahm nach der Wahl 1964 ebenfalls Koordinierungsaufgaben in der neuen Regierung.

* * *

Ob der junge König Einflüssen unterlegen ist, die etwas außerhalb der verfassungsmäßigen Legalität liegen, ist schwer festzustellen. Jedenfalls wurde es dieser Tage von dem in Dänemark lebenden Vetter des verstorbenen Königs behauptet.

Aber unabhängig davon bleibt die Tatsache bestehen, daß sich um die hohen Militärs, die zusammen mit dem König die Absetzung des legalen Ministerpräsidenten betrieben, jetzt fast ausschließlich jene Politiker scharen, die schon mehrfach zu verstehen gegeben haben, daß sie sich in der Ära der großen privaten Bereicherungen des früheren Ministerpräsidenten Karamanlis wohler fühlten, als in einer sozialbetonten griechischen Demokratie.

* * *

Hier liegt überhaupt der entscheidende Grund für die zur Zeit in Griechenland stattfindenden Auseinandersetzungen. Einer kleinen Schicht von Großverdienern paßt es einfach nicht, daß Griechenland zu einem modernen demokratischen Staat entwickelt wird, in dem der arbeitende Mensch einen gerechten Anteil an Sozialprodukten erhält. Natürlich wird das alles mit der globalen Behauptung überdeckt, jetzt wollten "die Kommunisten" in Griechenland zum Zuge kommen. Tatsache ist, daß bei Wahlen während der Ära Karamanlis die kommunistische Partei bis zu 25 % der Stimmen erhielt, während der kommunistische Stimmenanteil unter Papandreu auf 12 % zurückging.

Sicher versuchen die Kommunisten in Griechenland jetzt wieder Oberwasser zu gewinnen. Sie mischen sich selbstverständlich unter die Demonstranten, die für die Erhaltung der Demokratie auf die Straße gehen. Als jedoch einige von den Kommunisten gesteuerten Gewerkschaften dieser Tage versuchten, die Unruhe für ihre politischen Ziele auszunutzen, einen Generalstreik propagierten und organisatorische Vorbereitungen zu gewaltigen Demonstrationen trafen, kümmerten sich die meisten Arbeiter nicht darum. Der Generalstreik fand nicht statt, aber nicht etwa, weil die Arbeiter vor den Soldaten Angst hatten, sondern weil die Mehrheit von ihnen garnicht daran interessiert ist, kommunistischen Parolen Vorschub zu leisten.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß es selbst bei größten Demonstrationen vor dem angekündigten Generalstreik keine nennenswerten Zwischenfälle gegeben hat, nachdem der vermeintliche Demagoge Papandreu die Massen aufgefordert hatte, in Ruhe und Würde zu demonstrieren und sich nicht von politischen Abenteurern aufhetzen zu lassen.

* * *

Natürlich fehlt es nicht an "Skandalen" in Griechenland. Anhänger und Gegner der bisherigen und neuen Regierung beschuldigen sich gegenseitig der finsternsten Attentate auf den demokratischen Staat. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß die temperamentvollen Griechen seit jeher in ruhigen und bewegten Zeiten politische Auseinandersetzungen in einer Art und Weise austragen, die uns kühleren Mitteleuropäern außergewöhnlich erscheint. Die griechische Presse ist verhältnismäßig schnell mit der Aufdeckung irgendeines "Skandals" bei der Hand; man diskutiert auf den Kaffeehausterrassen bis spät in die Nacht hinein und zwar mit einer derartigen Erregung, daß der Fremde mitunter glaubt, gleich würde ein Messer gezogen werden oder es würden Schüsse fallen. Erstaunt kann man gelegentlich feststellen, daß eben noch wild gestikulierende Gegner sich plötzlich in die Arme fallen, weil sie entdeckt haben, daß ihre Großväter aus demselben Dorf stammen. Vielleicht ist das etwas übertrieben, aber man tut gut daran, die hektisch wirkenden Auseinandersetzungen mit einiger Distanz zu beurteilen.

Auch die in der Bundesrepublik lebenden etwa 130 000 griechischen Arbeiter und rund 3 500 griechischen Studenten diskutieren in diesen Tagen eifrig über die politische Entwicklung in ihrer Heimat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben sie für die Regierung Papandreou Stellung genommen. Sie überschütteten die griechische Botschaft in Bonn mit Telegrammen und Briefen, in denen die Gegner Papandreous der übelsten Komplotte beschuldigt werden.

* * *

Wie es in Griechenland nun weiter gehen wird, kann kaum jemand mit Gewißheit sagen. Selbst wenn es dem jungen König gelingen sollte, seinen Kopf durchzusetzen und Papandreu an der Ausübung der Regierungsgeschäfte zu hindern, sind die Probleme keineswegs gelöst. Vorübergehend wird eine neue Regierung mit Hilfe von Militär und Polizei möglicherweise eine trügerische Ruhe aufrecht erhalten können. Um so stärker wird jedoch der Druck der griechischen Bauern und Arbeiter, aber auch der Intelligenz werden, die während der Regierungszeit von Papandreu seit Jahrzehnten zum ersten Mal wieder zu spüren bekommen haben, daß Griechenland nicht nur ein von Touristen bewundertes Museum ist, sondern auch ein moderner demokratischer Staat werden kann.

+ + +